

**SIGMAR  
GABRIEL**

**NEUVERMESSUNGEN**

**WAS DA  
ALLES AUF  
UNS ZUKOMMT  
UND WORAUF ES  
JETZT ANKOMMT**

Kiepenheuer  
& Witsch

Friedensfähigkeit aller Völker müssen Europa weiterhin prägen. Junge Besucherinnen und Besucher von Veranstaltungen fragen uns Politiker oft: »Was sind denn Ihre Visionen?« Mir fällt dazu bis heute keine bessere Antwort ein als die des katholischen Bischofs von Hildesheim, Josef Homeyer (1929–2010), der unmittelbar nach den Attentaten vom 11. September 2001 in New York dazu aufrief, endlich »Gerechtigkeit für alle statt Reichtum für wenige« zum Ziel der Globalisierung zu erklären. So weit wir davon auch heute noch entfernt sein mögen, so richtig war Homeyers Vision trotzdem. Ohne mehr Gerechtigkeit in der Welt wird es auch nicht mehr Sicherheit geben. Nur eine gerechte Welt kann eine Welt ohne Krieg sein, eine Welt, die auch für die eigenen Kinder und Enkel noch ein guter Ort ist.

Vor knapp 40 Jahren legte der erste sozialdemokratische Bundeskanzler und SPD-Parteivorsitzende Willy Brandt in der Nord-Süd-Kommission einen visionären Bericht vor: In einer Zeit der Ost-West-Konfrontation lenkte er mit dem Report »Das Überleben sichern« den Blick auf die gemeinsamen Herausforderungen von Industrie- und Entwicklungsländern. Der Ansatz der internationalen Kommission, dessen Vorsitz Brandt innehatte, ging über eine reine Entwicklungsagenda hinaus und behandelte Themen, die die Weltgemeinschaft heute im Rahmen der »Agenda 2030« bearbeitet. Brandts damaliger Begriff einer »Weltinnenpolitik« entspricht dem heutigen Konzept der »global governance«. Die Nord-Süd-Kommission war einer der Grundsteine zu einer Entwicklung, die später zu den »Millennium Development Goals« und der Agenda 2030 geführt hat.

Besonders interessante Stichpunkte waren die Forderungen nach einer Stärkung der Friedensrolle der Vereinten Nationen, einer Kontrolle von Waffenexporten und Militärausgaben, nach sozialen und wirtschaftlichen Reformen im »Süden« als Voraussetzung für Entwicklung, Reduzierung der Abhängigkeit von nicht erneuerbaren Energiequellen, Stärkung des Welthandels, Technologietransfer und faire Investitionsbedingungen, Reform der Weltwährungsordnung und Verbreiterung der Entwicklungsfinanzierung.

Vor dem Hintergrund der zunehmend kritischen Grundhaltung gegenüber den Auswirkungen der Globalisierung und dem von vielen empfundenen Defizit bei der Gestaltung einer sozialen und gerechteren globalen Ordnung ist es sinnvoll, den 40. Jahrestag der Kommissionsgründung zum Anlass zu nehmen, um die Vision von damals erneut aufzunehmen und die Diskussion fortzuführen. Mit dem G20-Außenministertreffen in Bonn im Februar 2017 haben wir bereits damit begonnen.

Viele haben damals die große Vision belächelt. 2015 aber wurde die Agenda 2030 von den Vereinten Nationen verabschiedet. Es ist ein erstaunliches Dokument. In 17 Punkten, die auf einer Seite Platz haben, ist es gelungen, die Ziele für ein besseres Zusammenleben auf unserem Planeten für alle Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen verbindlich

zusammenzufassen. Deutsche Parteien brauchen in ihren Wahlkampfprogrammen für weit geringere Ambitionen meist mehr als 100 Seiten.

Die Verabschiedung der Agenda 2030 ist bei den vielen Krisen der letzten Jahre fast untergegangen. Aber sie ist eine bemerkenswerte Entwicklung, die Mut machen kann. Es ist alles andere als selbstverständlich, dass es den Staaten der Welt – Europa wie den USA, Russland, China und allen Staaten des globalen Südens – gelungen ist, sich auf eine gemeinsame Agenda zu verständigen. Zum ersten Mal ist die Unterscheidung von Industrie- und Entwicklungsländern aufgehoben worden. Alle sehen sich jetzt in einer gemeinsamen Verantwortung und sind aufgerufen an denselben Zielen zu arbeiten.

Die vergangenen Jahrzehnte haben gezeigt, wozu wir in der Lage sind, wenn wir unsere Kräfte bündeln und uns gemeinsame Ziele stecken. Beispiele dafür gibt es viele: In den letzten 15 Jahren ist die Zahl derer, die weltweit Hunger leiden, von 15 auf 11 Prozent zurückgegangen. Auch im Kampf gegen Krankheiten haben wir Fortschritte gemacht. In den vergangenen 25 Jahren wurde die weltweite Kindersterblichkeit um mehr als die Hälfte gesenkt: von 12,7 Millionen auf 5,9 Millionen Kinder jährlich. Seit der Verabschiedung der Millenniumsentwicklungsziele im Jahr 2000 konnte so 48 Millionen Kleinkindern das Leben gerettet werden. 2015 gab es nach Angaben von UNAIDS etwa 2,1 Millionen HIV-Neuinfektionen – das ist der niedrigste Wert im 21. Jahrhundert. Im Jahr 2000 waren es noch 3,2 Millionen Neuinfektionen. Laut UNAIDS starben 2015 weltweit 1,1 Millionen Menschen an den Folgen der Erkrankung; das sind 900000 weniger als im Jahr 2005.

Keine Frage: Die Welt ist weit davon entfernt für alle Menschen auch nur das Überleben zu sichern. 1,4 Millionen Kinder sind akut vom Hungertod bedroht. Alleine diese Zahl zeigt, dass wir zu wenig tun. Aber wir müssen auch über die unbestreitbaren Erfolge mehr reden. Denn das macht Mut, auch den vielen Bürgerinnen und Bürgern, die auf die Welt schauen und sich große Sorgen machen. Wir müssen viel deutlicher vermitteln: Wenn wir gemeinsam handeln und uns durch kurzfristige Rückschläge nicht irre machen lassen, können wir die Welt zum Besseren verändern.

Und übrigens: Auch den Kampf gegen den Terror werden wir nicht mit militärischen Mitteln und Repression gewinnen. Langfristig werden wir nur dann erfolgreich sein, wenn wir den vielen jungen Leuten in unserer südlichen Nachbarschaft Bildungs- und Zukunftschancen eröffnen. Deshalb plädiere ich für eine große Bildungsoffensive für Afrika. Wir brauchen dort mehr Schulen, Berufsausbildung, Hochschulen. Deutschland engagiert sich dafür: Die Unterzeichnung der Vereinbarung über die Einrichtung einer Fachhochschule in Kenia Anfang Februar 2017 zeigt, in welche Richtung wir gehen wollen.

Und wir müssen zugehen auf all die Gläubigen in der islamischen Welt, die im islamistischen Terrorismus eine furchtbare Verirrung und Entstellung ihres Glaubens

sehen. Zu oft übersehen wir, dass die meisten Opfer des islamistischen Terrorismus Muslime sind.

## Der Westen

In den Gefährdungen und Erschütterungen der Gegenwart braucht die Politik einen Ort, in dem sie verankert ist. Jahrzehntlang stand dafür vor dem Fall der Mauer und des Eisernen Vorhangs »der Westen«. Transatlantische Beziehungen zwischen Europa und insbesondere zwischen Deutschland und den USA und Kanada, das Verteidigungsbündnis NATO und auch die Europäische Union waren Ausdruck der Gemeinsamkeiten der Staaten und Regionen der Welt, die sich »dem Westen« zugehörig fühlten. Teil einer – so die gegenseitige Versicherung – »Wertegemeinschaft«, die mehr sein wollte als eine ökonomische oder geostrategische Zweckgemeinschaft. »Der Westen« nahm für sich das universelle Versprechen der Freiheit und Gleichheit des Einzelnen, der Achtung der Menschenrechte und des Rechts auf demokratische Teilhabe in Anspruch. Geschützt durch geschriebene oder ungeschriebene Verfassungen und die Herrschaft des Rechts.

Diese Wertegemeinschaft »des Westens« war für die überwiegende Mehrheit der ihm angehörigen Staaten und seiner Bürgerinnen und Bürger über lange Zeit ein relativ klarer politischer und kultureller Kompass. Und das trotz oftmals fehlender sozialer Absicherung dieses individuellen Freiheitsanspruchs und obwohl insbesondere die westliche Führungsmacht USA gegen die beschriebenen Werte des Westens selbst oftmals verstieß – ob in Vietnam oder in den 1970er- und 1980er-Jahren in Süd- und Lateinamerika. Heute, vor dem Hintergrund des Konflikts in der Ukraine, der politischen Auseinandersetzung mit Russland und der außenpolitischen Rezeption dieses Konflikts in China ist es sinnvoll, sich auch in Deutschland und Europa auf diesen politischen und kulturellen Kompass auf neue Art und mit einem veränderten Konzept zu besinnen.

In den vergangenen Jahren hat uns eine beträchtliche Zahl internationaler Krisen heimgesucht, die – wie durch ein Wunder – der wirtschaftlichen Prosperität Deutschlands bislang nichts anhaben konnten. Unsere Zahlen stimmen auch für letztes Jahr: 1,9 Prozent Wachstum und weiter zunehmende Beschäftigung, stabile Exportstärke und jetzt auch steigende Inlandsnachfrage porträtieren ein Land, dem es kaum je besser gegangen ist in seiner Geschichte.

Trotzdem gibt es zu diesem Bild ein Gegenbild neuer Unsicherheit, das mit deutscher Wachstumsstatistik nicht aufzulösen ist: Seit dem Kollaps der Finanzmärkte ist der Euroraum und mit ihm die Europäische Union einer beispiellosen *politischen* Belastungsprobe über die Reichweite europäischer Solidarität ausgesetzt. So wie das

Zentrum der Union unübersehbar Risse bekommen hat, so hat sich auch die Destabilisierung an den Rändern Europas verstärkt. Syrien ist in einem fürchterlichen Bürgerkrieg mit vielen Tausenden von Todesopfern und Millionen von Flüchtlingen versunken. Der religiös, ethnisch und machtpolitisch leicht entflammbar Nahe Osten erreicht allenfalls begrenzte Waffenstillstände, aber keinen dauerhaften Frieden. Die Türkei entfernt sich zunehmend von demokratischen und rechtsstaatlichen Prinzipien und nimmt eine Gefährdung ihres innergesellschaftlichen Friedens und der demokratischen Beteiligungsansprüche einer jungen Generation in Kauf. Mit der staatlichen Androhung, das Internet verbieten zu wollen, ist der Konflikt sicher nicht zu lösen. Demokratisierung und Digitalisierung gelten den Aktivisten in vielen Teilen der Welt, so auch in der Türkei und im arabischen Raum, noch immer und zu Recht als Geschwisterpaar der politischen Freiheit. Spätestens mit den Enthüllungen von Edward Snowden ist andernorts aber auch gerade diese Gewissheit erschüttert. Privatwirtschaftliche Datenmonopolisten und global agierende Geheimdienste bedrohen die informationelle Selbstbestimmung der Bürger. Die lückenlose Lesbarkeit und Kontrollierbarkeit des Menschen war lange eine dunkle Utopie der Literatur, bevor sie jetzt, im 21. Jahrhundert, zur Realität zu werden droht. Der SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz, hat deshalb vollkommen zu Recht vor einem digitalen Totalitarismus gewarnt, gegen den wir antreten müssen, um das individuelle Freiheitsrecht neu zu verteidigen.

Alle diese »Krisen« sind aus deutscher Perspektive wie eine Art Wetterleuchten: Sie muten bedrohlich an und irritieren die politische Orientierung über richtig und falsch. Der politische Kompass gerät ins Kreiseln. Aber sie haben bis heute wenig Einfluss auf den tatsächlichen Lebensalltag und die Grundemotionen in unserem Land, das stabil seinen Weg zu gehen scheint. Dennoch, die Erschütterungen können einer international in fast jeder Hinsicht – wirtschaftlich, politisch, kulturell – verflochtenen Nation wie den Deutschen niemals gleichgültig sein. Natürlich sind unsere ökonomischen Interessen berührt. Von weit größerer Tragweite aber ist, dass unsere politischen Grundwerte zur Disposition stehen. Verbunden und verbündet mit anderen Europäern müssen wir ernst nehmen, was in Europa und in der europäischen Nachbarschaft geschieht.

Das ist mit schneidender Schärfe klar geworden seit den Nachrichten von der militärischen Intervention auf der Krim und der Krise in der Ostukraine. Russland ist offenbar bereit gewesen, Panzer über europäische Grenzen rollen zu lassen. Plötzlich waren wir von der Beobachterposition hineingerissen in einen lange schwelenden und nun brandgefährlichen Konflikt, der auch Deutschland im Zuge von Sanktionen gegen Russland seinen Preis abverlangt. Wissen wir aber, worum es geht? Seit Jahren wuchs sich die politische Krise um die Zukunft der Ukraine zu einer Zerreißprobe des Landes zwischen Europa und Russland aus. Auch wenn sich der Konflikt auf die Frage der